

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

9. Dezember 1951

Blatt 2210

Der 8. Österreichische Städtetag fordert:

Bundesgesetz zur Beschaffung von Bauland =====

9. Dezember (Rath.Korr.) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Koref (Linz) setzte der 8. Österreichische Städtetag heute vormittag im Wiener Rathaus seine Beratungen fort. Als Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes wohnte Regierungsrat Sponner der heutigen Tagung bei. Er überbrachte in einer kurzen Ansprache die Grüße seiner Körperschaft.

In einem überaus interessanten und fachlich hervorragendem Referat sprach Architekt Prof. Schuster (Wien) über "Ökonomie und Schönheit in der Ortsentwicklung". Er beleuchtete die Zustände und die Mängel der gegenwärtigen Situation auf diesem Gebiet und entwarf vor den Delegierten ein erschütterndes Bild über das Chaos bei der wirtschaftlichen und baulichen Entwicklung vieler Gemeinden im In- und Ausland. Der Referent wandte sich vor allem gegen die vollständig unökonomische betriebswirtschaftlich gesehen unsinnige Nutzung von Grund und Boden, der die Gemeinden langsam und sicher wirtschaftlich und kulturell zugrunde richtet. Die Orts- und Stadtplaner sind nicht in der Lage, ohne Verfügungsmöglichkeit über Grund und Boden eine wirtschaftliche, sozial und kulturell sinnvolle, bauliche Ordnung jeder, auch der kleinsten Gemeinde zu gewährleisten. Zur Sicherung dieser sowohl volkswirtschaftlich wie kulturell bedeutenden Aufgabe, von der das Wohl und Wehe des einzelnen, sein Gedeihen oder Verderben, ja seine Lebenskraft abhängt, ist die Schaffung eines modernen Städtebau- und Landesplanungsgesetzes unbedingt notwendig. Das bauliche Bild unserer Dörfer und Städte beweist, daß die gegenwärtigen baupolizei-

lichen Bestimmungen nicht ausreichen, um eine sinnvolle Ortsentwicklung zu sichern.

Die Ausführungen Prof. Schusters, die von den Delegierten mit großem Beifall aufgenommen wurden, ergänzte Bürgermeister Prof. Dr. Speck (Graz) in seinem Referat über die "Aufgaben der Gesetzgebung für die Baulandbeschaffung". Er formulierte die Forderungen des Österreichischen Städtebundes, die sich aus der von Prof. Schuster geschilderten Lage ergeben. Mit zunehmender Entwicklung der Städte und Gemeinden stellt sich die Notwendigkeit heraus, über die Einzelplanung eine Stelle zu setzen, die die volkswirtschaftlich günstigste Landnutzung zu ermöglichen hat. Es ist allerdings wichtig, den Raumplanungsapparat von politischen Einflüssen fernzuhalten. Der Referent erinnerte daran, daß bereits 1948 in England ein Stadt- und Landesplanungsgesetz geschaffen wurde.

Auch die heute geltenden Enteignungsbestimmungen reichen für einen großzügigen Wiederaufbau nicht aus. Ihr Mangel liegt darin, daß die Rechtswirksamkeit einer Enteignung auf sehr lange Zeit hinausgezogen werden kann. Die Aufgabe der Gesetzgebung wird es sein, eine Synthese zwischen Ordnung und Freiheit zu finden. Die Fragen, die mit der Enteignung zusammenhängen, sind selbstverständlich hochpolitischer Natur. Aber wenn solche Gesetze in Italien unter der Regierung De Gasperi verwirklicht und in Westdeutschland unter Adenauer vorgelegt werden können, muß deren Schaffung auch in Österreich möglich sein. Es ist eine dringende Notwendigkeit, die gesetzlichen Voraussetzungen für einen zeitgemässigen Städtebau zu schaffen.

Bürgermeister Dr. Speck faßte seine Ausführungen in einer Resolution zusammen, in der die Bildung eines Fachausschusses gefordert wird, der ein Bundesgesetz zur Beschaffung von Bauland und ein Raumplanungsgesetz, das die Grundlagen der Aufgaben des Städtebaus und der Landesplanung gibt, zu beraten und vorlagsreif zu machen hat. Ferner soll auch ein neuzeitliches österreichisches Bodenrecht beraten werden.

In der Diskussion, die vom Vorsitzenden Bürgermeister Dr. Koref (Linz) eingeleitet wurde, sprach Stadtrat Thaller (Wien). Die Bundeshauptstadt nimmt eine besondere Stellung ein, da sie Stadt und Land zugleich ist und sowohl baulichen Fragen als auch Fragen des landschaftlichen Bildes zu lösen hat. In Fragen der Enteignung müsse es ein Mindestprogramm geben, das unbeschadet der politischen Richtung jeder anerkennen könne. Das schönste Gesetz nützt jedoch nichts, wenn es nicht entsprechend angewendet wird. Die Verwaltung müsse daher stark genug sein, um eigenmächtiges Bauen zu verhindern.

Der Konsulent des Städtebundes, Oberbaurat ^{Dipl.Ing.}/Boeck (Wien), legte eine Empfehlung vor, eine Stelle zu schaffen, die den Gemeinden bei der Erstellung neuer Flächenwidmungs- und Bebauungspläne helfen soll, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Vizebürgermeister Dipl.Ing. Leitl (Eferding) zeigte die Zusammenhänge zwischen den Gemeindegrenzen und den Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bauland auf. Er unterstrich die Notwendigkeit einer klaren und vernünftigen Baugesetzgebung.

Dipl.Ing. Kalbac gab der Bereitwilligkeit der Ingenieurkammer für Niederösterreich und Burgenland, Sektion Architekten, Ausdruck, die Bestrebungen des Städtebundes zu unterstützen.

Bürgermeister Scheibengraf (Kapfenberg) verlangte Richtlinien für die Planung. Er unterstützte die Forderung nach einem Grundbeschaffungsgesetz.

Bei der Abstimmung wird die vorgeschlagene Resolution des Referenten einstimmig angenommen. Ein Antrag von Vizebürgermeister Dipl.Ing. Leitl, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß künftig jeder öffentliche Bau durch ausgebildete Architekten geplant und die Bauausführungen überwacht werde, wird dem neu zu bildenden Fachausschuß zur Beratung zugewiesen.

Unter "Allfälliges" spricht noch Bürgermeister Dr. Koss (Wals), der zu Rechtsfragen in Wohnungsangelegenheiten Stellung nimmt.

Damit war die Tagesordnung abgeschlossen. Bürgermeister Dr. Koref dankte in seinem Schlußwort der Stadt Wien als Gastgeberin für die freundliche Aufnahme der Delegierten des Städtetages und

stellte fest, daß bei den Beratungen ein gesunder Austausch der Meinungen stattgefunden hat. Aus dem Österreichischen Städtebund ist eine überaus lebendige, aktive und erfolgreiche Organisation erwachsen. "Wir werden aber nie vergessen", schloß Bürgermeister Dr. Koref, "daß wir ein Teil des Ganzen sind, daß wir dem Ganzen gegenüber eine große Verpflichtung haben und daß wir uns dieser Verpflichtung gegenüber unserer Heimat Österreich bewußt sind. Wenn es in diesen sechs in halb Jahren voll der Schwierigkeiten möglich war, in Österreich den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, dann ist es nicht zuletzt der Arbeit der Kommunalpolitiker zu danken. Der Vorsitzende forderte die Delegierten auf, auch weiterhin aus der Gemeinsamkeit unseres Schicksals heraus ihre Pflichten zum Wohle der österreichischen Heimat zu erfüllen. Wenn wir nicht versagen", schloß er unter dem Beifall der Delegierten, "dann erfüllen wir zugleich auch eine europäische Pflicht!"